

**Vorlage für die Sitzung des Senats am 12.05.2020**

**„Finanzlücken bei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen“**

(Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag))

**A. Problem**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

1. Welche Maßnahmen erwägt der Senat, um die Finanzierungslücken bei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen z.B. bei den Recyclinghöfen zu schließen?
2. Werden zukünftig die Materialkosten, sofern sie von den Projektträgern selbst entrichtet werden müssen, innerhalb der Förderung (Sachkosten) angemessen finanziert?
3. Welche Probleme sind hierzu von Trägern, Beiräten und Ortsämtern geschildert worden, insbesondere bei der Fortführung des Programms PASS?

**B. Lösung**

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

**Zu Frage 1:**

In Kooperation mit dem Projektträger prüft der Senat, worauf die anfallenden Kosten beruhen und prüft, gegebenenfalls mit anderen Ressorts, ob diese gesenkt oder verhindert werden können. Sollte dies nicht möglich sein, wird aufgrund der Zielsetzung, Landesmittel und europäische Mittel des Landes möglichst effizient einzusetzen, geprüft, ob Kosten nicht von anderen Mittelgeber\*innen, insbesondere des Bundes, übernommen werden können. Sollte dies nicht möglich sein, sind die Kosten gegebenenfalls im Rahmen einer Projektförderung anerkennungsfähig.

**Zu Frage 2:**

Sollten die Materialkosten weiterhin von den Projektträgern selbst entrichtet werden müssen, wird wie in Frage 1 beantwortet als erstes die Zuständigkeit anderer Mittelgeber\*innen geprüft. Sollte dies nicht der Fall sein, wird weiterhin die bisherige Förderung durch eine Pauschale vorgenommen. Sollte diese im Einzelfall nicht ausreichend sein, wird der Senat nach Prüfung des Einzelfalls gegebenenfalls eine andere Finanzierungsart vorsehen.

**Zu Frage 3:**

Bisher hat ein arbeitsmarktpolitischer Träger dem Senat Probleme bei der Finanzierung von Sachkosten gemeldet. Die Probleme dieses Trägers wurden ebenfalls von mehreren Beiräten und Ortsämtern an den Senat kommuniziert.

**C. Alternativen**

Keine Alternativen.

**D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung**

Die Beantwortung der Fragen hat keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen.

Die arbeitsmarktpolitischen Projekte sind für Frauen und Männer zugänglich. Im Recyclingsbereich arbeiten allerdings überwiegend Männer.

**E. Beteiligung und Abstimmung**

Die Abstimmung mit der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau ist erfolgt.

**F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz**

Die Vorlage kann nach Beschluss nach dem Informationsfreiheitsgesetz veröffentlicht werden.

**G. Beschluss**

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa vom 20.04.2020 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der Bündnis 90/Die Grünen in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.